

Forum-Gewerberecht | Sportwetten/Glücksspiel | 76 Prozent der Bürger wollen das Glücksspiel begrenzen

Autor	Beitrag
anders 02.10.2007 17:34	Auf einen Blick Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im März 2006 sollten die Länder bis Ende 2007 den Bereich der Sportwetten neu regeln und die Suchtprävention ins Zentrum stellen, um ihr staatliches Monopol nicht zu verlieren. Ab Januar 2008 soll der umstrittene Vertrag gültig sein, der auch das Lotteriewesen regelt. In der Frage, ob und in wie weit Lotto- und Sportwetten ausschließlich staatlich geregelt werden sollten, besteht jedoch weiterhin Uneinigkeit zwischen den Bundesländern und den privaten Glücksspielanbietern. Anlass der Diskussion ist eben dieses Urteil des Bundesverfassungsgerichts im vergangenen Jahr, in dem geregelt ist, dass ein staatliches Lottomonopol nur dann bestehen bleiben kann, wenn es in erster Linie dem Spieler- und Jugendschutz sowie der Suchtprävention dient oder dazu, die Spiel- und Wettsucht einzudämmen. Da ein Suchtpotenzial von Lotto jedoch bisher nicht eindeutig nachgewiesen werden konnte und weiterhin der Grund der Bundesländer, an ihrem Monopol festzuhalten, zweifelhaft gesehen wird, bleibt der neue Staatsvertrag zum Glücksspielwesen nach wie vor heftig umstritten. Nach den Ergebnissen einer bundesweiten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa in diesem Jahr, sprachen sich 76 Prozent der Bundesbürger für eine Begrenzung des Glücksspiels unter staatlicher Kontrolle aus. 61 Prozent der Befragten sehen die staatliche Regulierung zur Minimierung der Spielsucht als wichtig an. Gefunden unter: http://www.szon.de/lokales/tuttlingen/stadt/200710020487.html

In diesem Thema befinden sich folgende Anhänge: